

ANMERKUNGEN

Vorspiel:

Am 14. Dezember 1979 wurden aus dem Westflügel des Gothaer Museums Schloss Friedenstein fünf wertvolle Gemälde gestohlen. Es handelte sich um einen der spektakulärsten Kunstdiebstähle in der DDR. Er wurde nie aufgeklärt, die Gemälde blieben bis heute verschollen. Viele der im Roman beschriebenen Details decken sich mit den Polizeiberichten.

Unter mehreren Tatverdächtigen rangierte auch die dem DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski untergeordnete Behörde ›Bereich Kommerzielle Koordinierung‹ (KoKo) im Ministerium für Außenhandel, die eigens zur Devisenbeschaffung eingerichtet wurde.

Die KoKo war direkt dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und dem Wirtschaftssekretär Günter Mittag untergeordnet. Sie erwirtschaftete mit ihren mehr als 150 Tochterfirmen über 25 Milliarden Valutamark, u. a. durch embargobrechende Technologieimporte, Waffenexporte, Import von Sondermüll aus der BRD und Westberlin, Provisionseinnahmen durch Zwangseinschaltung von Vertreterfirmen, Transit- und Touristikgeschäfte, kalte Enteignungen (gepfändete Kunstgegenstände von Personen, denen Steuerhinterziehung angelastet wurde – wie in Kapitel 4 beschrieben), Kirchengeschäfte, Häftlingsfreikäufe und Export von Kunst- und Kulturgegen-

ständen. Sogar Blutspenden von DDR-Bürgern wurden exportiert. In der Bevölkerung blieb die KoKo so gut wie unbekannt. In Schalcks ›Erinnerungen‹ heißt es: ›So wusste über KoKo nicht einmal der kleine Kreis von Eingeweihten in den höchsten Etagen des Parteiapparates Bescheid.‹

Die theoretische Begründung der hemmungslosen Devisenbeschaffung lieferte Schalck-Golodkowski in seiner Dissertation von 1970, die von Stasi-Chef Mielke persönlich betreut wurde. Die im Roman verwendeten Zitate stammen aus dieser Quelle.

Wegen seiner teilweise illegalen Praktiken und der konspirativen Kontakte zum Westen wurde die KoKo durch die ›Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung‹ (AG BKK), einer Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), kontrolliert.

Am 20. Dezember 1977 verschwand der sogenannte Sophienschatz aus dem Stadtmuseum Dresden. Es handelte sich um wertvolle Grabbeigaben aus dem 15. bis 17. Jahrhundert, die in der abgerissenen Dresdner Sophienkirche gefunden wurden. Die Täter konnten nicht gefasst werden. Teile des Raubs blieben bis heute verschwunden. Angeblich soll der Auftrag für den Kunstraub vom Stasi-Chef Mielke zwecks Devisenbeschaffung angeordnet worden sein.

Die ›Kunst und Antiquitäten GmbH‹ (KuA) war neben der ›VEB (K) Antikhandel Pirna‹ ein Tochterunternehmen der KoKo, deren Aufgabe es war, Kunstschätze der DDR im westlichen Ausland gegen Valuta, also Westgeld, zu vermarkten. Das Hauptlager der KuA

befand sich in Mühlenbeck, einer Gemeinde nördlich von Berlin.

Bei der ›Freischaltung‹ der Grenze handelte es sich um eine spezielle Machtbefugnis der Stasi. Wenn es staatliche Interessen erforderten, konnte die Zoll- und Grenzschutzkontrolle begrenzt aufgehoben werden. Meist diente dies dem Ein- und Ausschleusen von Agenten, aber auch dem illegalen Handel. Für den Normalfall waren feste Grenzübergänge eingerichtet, wie die Übertrittsstelle ›Tauben‹ bei Lübeck. Bei Gelegenheit konnte aber auch der Grenzschutzstreifen an der Ostsee temporär ausgehebelt werden, wie es im Roman geschildert wird.

Die Kategorisierung von Kunstwerken bezieht sich auf das Kulturgutschutzgesetz der DDR. Demnach durfte die Ausfuhr von Kulturgut aus der DDR nur genehmigt werden, wenn sie ›im Interesse der sozialistischen Gesellschaft liegt oder ihrem Anliegen, das nationale Kulturerbe zu wahren und den Bestand allen national und international bedeutsamen Kulturgutes zu sichern, nicht zuwiderläuft‹.

Somit war für die Mühlenbecker KuA der Export von Gegenständen der Kategorie I (von internationalem Rang) und dem oberen Bereich der Kategorie II (von besonderer nationaler Bedeutung) verboten. Demgegenüber konnten Gegenstände im unteren Bereich der Kategorie II (Objekte minderer nationaler Bedeutung) und der Kategorie III (kulturelle Gebrauchsgüter von lokalem Wert) ungehindert in den Westen gegen Valuta ver-

scherbelt werden. Da solch eine Kategorisierung in der Praxis auf Grenzen stieß, wurde eigens eine ›Kulturgutschutzkommission‹ ins Leben gerufen, deren Fachgutachter im Zweifelsfall zu Rate gezogen werden mussten.

Trotz mancher Schlupflöcher in der vertraglichen Regelung und in der Praxis der Zusammenarbeit zwischen der KuA und der Kommission gelang es letzterer immer wieder, hochrangige Kulturgüter vor dem Ausverkauf zu bewahren. So auch die in Kapitel 9 angesprochene Sammlung ›Kunst im Widerstand‹.

Kapitel 1:

Nachdem Erich Honecker im Jahre 1986 die erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft zwischen seiner Geburtsstadt Saarlouis und Eisenhüttenstadt genehmigt hatte, kam es ein Jahr später zu einer Städtepartnerschaft zwischen Lübeck und Wismar. Es sollten drei bis fünf Begegnungen stattfinden, wobei private Kontakte und Übernachtungen in Privatunterkünften verboten waren. Außerdem durften Lübecker Künstler in Wismar und umgekehrt ausstellen. Die Besuche wurden stets von der Stasi beobachtet. Nach der Wende nahm das Interesse am Austausch rapide ab.

Kapitel 2:

Ab Februar 1988 kam es in Wismar zu sogenannten ›Spaziergängen auf dem Markt‹. Dienstags nach dem Gottesdienst in der Neuen Kirche versammelten sich ausreisewillige DDR-Bürger beim Marienkirchturm. Anschließend gingen sie, wie im Roman beschrieben, über den Markt und protestierten mit ihrer Aktion friedlich gegen das strikte Ausreiseverbot. Zusammenkünfte wie diese waren in der DDR untersagt, sodass es immer wieder zu Übergriffen seitens der Polizei kam.

In Wismar, bei einer Bevölkerung von fast 60.000 Einwohnern, gab es seit 1986 jährlich über 100 Antragsteller auf eine Ausreise. Im Jahre 1989 waren es sogar 114 Anträge für 260 Personen. Es war ein mutiges Unterfangen, denn die Antragsteller mussten sich negativen Konsequenzen im beruflichen und im privaten Bereich aussetzen. Die Kreisdienststelle des MfS in Wismar reagiert nervös: In einer Meldung vom 29.2.1988 sprach man von einer ›angespannten Lage für die Staatssicherheit‹.

Auf Initiative von Mielke plante das MfS in den 1980er Jahren den sogenannten ›Vorbeugekomplex‹. Dahinter steckte die Einrichtung von mit Stacheldraht und Wachtürmen umgebenen Isolierungslagern für die Aufnahme von Oppositionellen. Schlagartig, konspirativ und vorbeugend sollten alle Personen, von denen ›aufgrund ihrer verfestigten feindlich-negativen Grundhaltung gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung‹ eine Gefahr ausgehen könnte, dort inhaftiert werden.

Im Dezember 1988 standen im Bezirk Rostock 362 Personen auf der schwarzen Liste. Bei der Kreisdienststelle Wismar waren es 36. Zur Anwendung kam dieser Vorbeugekomplex jedoch nicht mehr.

Im Frühjahr 1988 fand in Berlin das internationale Festival des Politischen Liedes statt. Anschließend gingen Singegruppen aus Kuba, Madagaskar und Australien, begleitet von Funktionären der Jugendorganisation FDJ, auf eine Tournee durch die DDR. Als sie in Wismar Station machten, bereitete man dem Tourneeleiter anlässlich seines 41. Geburtstags eine Überraschung vor. Man zündete auf dem Wismarer Marktplatz 41 Kerzen. Sofort rückte eine Hundertschaft der Polizei an, räumte den Platz und schloss die Teilnehmer im Fußballstadion ein. Erst nach Stunden wurden sie wieder freigelassen. Der Grund für diese überhastete Polizeiaktion: Seit die Oppositionellen und die Ausreisewilligen das öffentliche Anzünden von Kerzen als wirkungsvolle Form des Protests entdeckt hatten, galt es als subversiv, Kerzen in einer Gruppe brennen zu lassen.

Die Episode mit der Ordnungsstrafe von 200 Mark und dem Beleg zur Einzahlung von 75 Pfennigen für die halbe Bockwurst ist dem Augenzeugenbericht einer Demonstrantin anlässlich der Leipziger Montagsdemo am 25. September 1989 entlehnt.

Kapitel 3:

In seinem Büro in der Berliner Wallstraße hatte Schalck-Golodkowski ein Gemälde von Otto Nagel aufhängen lassen, das eigentlich als herausragendes Kulturgut seinen Platz in einem Museum hätte haben müssen. Bei seiner Flucht Anfang Dezember 1989 in die BRD, einen Tag, nachdem er aus dem ZK der SED ausgeschlossen wurde, konnte er das Bild nicht mehr mitnehmen.

Das Symbol mit dem Palmwedel deutet auf die Nationalflagge von Madagaskar hin, das Land, das am Schluss des Romans angesprochen wird, wo auch die fremden Namen erklärt werden.

Kapitel 4:

Die Episode mit der angeblichen Steuerhinterziehung beruht auf einer besonders üblen Praxis der ›kalten Enteignung‹ zwecks Devisenbeschaffung. Private Kunstsammler wurden gnadenlos um ihre Schätze betrogen, indem man sich angeblich auf das Steuerrecht der DDR berief. Wenn eine solche Sammlung in das Visier der KuA geriet, verschaffte sich ein fragwürdiger ›wissenschaftlicher Mitarbeiter‹ mittels einer Lüge Zutritt zur Wohnung, registrierte alle Kunstgegenstände und notierte eine vermutete Wertangabe dahinter. Addiert kam man bei dieser Zeitwertfeststellung schnell über

die vermögenssteuerliche Freigrenze von 50.000 Mark. Der ermittelte Betrag wurde als Handelsgewinn deklariert, der eigentlich zu versteuern gewesen wäre, und zwar bis zu 90 Prozent des Schätzwerts.

Die Kunstgegenstände verbrachte man in die Mühlenbecker Lagerhallen der KuA, wo sie, wenn nicht in den seltenen Fällen die Kulturgutschutzkommission erfolgreich einschritt, nach Strich und Faden an westliche Kunsthändler gegen die begehrte Valuta verramscht wurden. Der eigentliche Besitzer musste sich in einem Verfahren wegen Steuerverkürzung unterziehen, das im ›günstigsten‹ Fall für ihn oft mit einem Vergleich endete: Verwertung an Zahlungsstatt. Steuerschuld plus Straf-gelder machten ›zufällig‹ den Schätzwert der Sammlung aus.

Viele der in diesem Kapitel geschilderten Details entsprechen den Tatsachen, bis hin zum Trick mit dem Auswechseln der Wasseruhr. Die Enteignung der Kleemeyer-Uhr im Jahre 1982 hatte nach der Wiedervereinigung ein Nachspiel, das einen bitteren Beigeschmack hinterließ. Der Besitzer entdeckte später durch Zufall seine Uhr in einer Westberliner Antiquitätengalerie, wo sie für 34.000 Mark angeboten wurde. Er verklagte den Geschäftsführer der Galerie auf Herausgabe seines, wie er meinte, legitimen Eigentums. Sowohl das Landgericht als auch, in einer weiteren Instanz, das Berliner Kammergericht gaben ihm Recht. Doch als der Kunsthändler den Bundesgerichtshof anrief, wurde das Urteil revidiert und die Klage des früheren Besitzers abgewiesen. *Lex rei sitae*, d. h. nach dem Internationalen Privatrecht der Bundesrepublik gilt für sachenrechtliche

Tatbestände das Recht des Lagerortes der Sache: ›Die Frage eines Eigentumsverlust im Jahre 1982 ist ... nach dem Recht der DDR zu beurteilen, weil sich die Uhr damals noch dort befand.‹

War die kalte Enteignung also rechters? Der Bundesgerichtshof hielt jedenfalls in dieser Sache die DDR für einen Rechtsstaat. Ob weniger das Rechtsempfinden als das Bemühen, eine Lawine von ähnlichen Klagen durch diesen Präzedenzfall zu vermeiden, hinter dieser Begründung steckte, mag dahingestellt sein.

Die Episode mit dem Aufkleber an dem Auto hat tatsächlich weitgehend so stattgefunden, wie sie im Roman geschildert wird. Die Darstellung einer weißen Taube über blauem Grund, einem Regenbogen, einer zerrissenen Kette und dem Text ›In der Freiheit Gottes handeln‹ war eine Variation der Symbolik der ökumenischen Bewegung der Kirchen der DDR für ›Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung‹. Das ›Ökumenische Zentrum für Umweltarbeit‹ (ÖZU) in Wismar spielte beim oppositionellen Kampf gegen die Umweltverschmutzung eine beachtliche Rolle. Einige Mitglieder stellten darüber hinaus stärker politische Fragen in den Vordergrund, besonders das Problem der Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Man verfasste u. a. einen Brief an Honecker, in dem die Reisefreiheit für alle DDR-Bürger gefordert wurde. Auch drohte man mit Veröffentlichungen kritischer Töne in den Medien, was sofort die Stasi auf den Plan brachte. Ihr missfiel der Aufkleber, weil er angeblich die Grenzen der DDR als Mauer darstellte, die es zu sprengen galt.

Auch die Schilderung der Vorgänge auf dem Marktplatz und das anschließende Verhör in Zusammenhang mit dem Sputnik-Verbot in Kapitel 5 entsprechen in Details den Tatsachen. Gorbatschows Politik von Perestroika und Glasnost wurde von der SED-Führung abgelehnt, weil sie Angst vor inneren Reformen hatte. Da die sowjetische Zeitschrift ›Sputnik‹ die Diskussion um diese Prozesse widerspiegelte, durfte sie in der DDR nicht mehr auf dem Postwege verteilt werden.

Gegen Ende des Jahres 1988 stellte Erich Honecker gegenüber der neuen Politik der Sowjetunion eine eigene Linie auf, die er als ›Sozialismus in den Farben der DDR‹ bezeichnete (s. Kapitel 7). Es war der Versuch, einerseits die sozialistische Solidarität mit den Bruderstaaten aufrechtzuerhalten, andererseits sich gegen die dortigen Reformmodelle abzuschotten.

Kapitel 7:

Die Kommunalwahlen im Mai 1989 stellten einen Meilenstein bei der Entwicklung dar, die zum Zusammenbruch der DDR führte. Früher titulierte man die Wahlen ironisch als Zettelfalten und nahm die Farce mehr oder weniger widerspruchslos hin. Doch dieses Jahr war es anders. Erstmals gelang es oppositionellen Gruppen, konkret nachzuweisen, dass die Wahlergebnisse massiv manipuliert worden waren. Und sie hatten inzwischen bereits so viel Einfluss gewonnen, dass ihre Ent-

hüllungen bei größeren Kreisen der Bevölkerung Wut und Empörung auslösten. Diese Wahlfarce war gewissermaßen eine Fälschung zu viel.

Viele im Roman beschriebenen Details entsprechen den historischen Tatsachen: der erfolglose Kampf um einen eigenen, von der Nationalen Front unabhängigen Listenplatz, die Reibereien bei den Kandidatenvorstellungen, die Drohungen mit Wahlboykott, die von der Parteispitze ausgegebenen Losungen zur gezielten Stimmenmanipulation, die demütigenden Vorgänge bei der Stimmabgabe und die Behinderungen bei der scheinöffentlichen Stimmauszählung.

Der von Dorisa angesprochene ausländerfeindliche Vorfall im Personenzug von Riesa nach Elsterwerda hat tatsächlich stattgefunden und offenbart das bislang noch recht wenig erforschte Phänomen des Rechtsradikalismus in der DDR. Da rassistische und ausländerfeindliche Tendenzen nicht in das offizielle Bild der DDR als Bollwerk gegen den Faschismus passten, wurden sie in der Regel totgeschwiegen. Nur wenige Vorfälle kamen ans Licht der Öffentlichkeit.

Die kleine Szene mit der Diskussion über die staatliche Subventionspolitik beleuchtet ein besonders skurriles Phänomen der sozialistischen Planwirtschaft. Weil in manchen Bereichen ein Versorgungsengpass herrschte, entschied sich die SED, private Kleinproduktion von Lebensmitteln anzuspornen, also künstlich zu subventionieren, indem sie die Abgabe von Geflügel, Eiern, Obst, Gemüse usw. höher bezahlte, als die Lebensmit-

tel dann später im HO-Laden kosteten. Manche Kleinproduzenten nutzten diese Differenz, indem sie ihre eigenen Produkte für weniger Geld wieder aufkauften und versuchten, sie ein zweites Mal mit Gewinn wieder abzugeben.

Kapitel 8:

Der von der Stasi organisierte Mord an einem westdeutschen Geschäftsmann basiert in vielen Details auf Tatsachen. Im Umfeld der KoKo gab es mehrere mysteriöse Todesfälle, die alle wahrscheinlich geheimdienstlichen Hintergrund hatten. Der Bericht eines Untersuchungsausschusses des Bundestags aus dem Jahr 1994 listet neun Fälle auf, von denen einer sich mit dem hier Dargestellten deckt.

Kapitel 11:

Das hier beschriebene Sympathisantentreffen in Voßkuhl war der Grundstein zur Gründung der Wismarer Ortsgruppe des Neuen Forums, einer nationalen Bürgerbewegung, die eine wesentliche Rolle bei der Wende spielte. Das Neue Forum wurde einen Monat vorher in der Nähe von Berlin gegründet und verstand sich als

Sammelbecken der Oppositionellen, als Plattform für den gewaltfreien Widerstand gegen das SED-Regime. Etwa 200.000 DDR-Bürger unterschrieben den hier zitierten Aufruf. Das Forum selbst hatte zu der Zeit etwa 10.000 feste Mitglieder. Nach der Wiedervereinigung verlor es rasch an Bedeutung, als sich die traditionelle Parteienbildung nach westdeutschem Muster durchsetzte.

Den Satz ›Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben‹ hat Gorbatschow so nie öffentlich formuliert. Stattdessen sagte er am 6. Oktober in Ostberlin vor laufender Kamera (in der Übersetzung seines Dolmetschers): ›Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.‹

Kapitel 12:

Die Darstellungen zu den Haftbedingungen und zur Anwendung psychischen Drucks bei Verhören in der DDR entsprechen den Tatsachen und bauen auf den Aussagen eines Betroffenen auf.

Die voreilige Erklärung von Günter Schabowski, seinerzeit so etwas wie ein Regierungssprecher, auf einer Pressekonferenz am 9. November 1989 gegen 19 Uhr in Zusammenhang mit den neuen Reiseregeln bildete den unmittelbaren Auslöser für den Fall der Schranken noch in der gleichen Nacht.

In dem Regelungsentwurf, aus dem er zitierte, hieß es: ›Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne dass dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. ... Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD beziehungsweise zu West-Berlin erfolgen.‹

Auf die Nachfrage eines Journalisten, ab wann das gelte, antwortete er: ›Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.‹ Die Folgen trafen die Grenzbehörden völlig unvorbereitet, sodass sie bald dem Druck der Massen nicht mehr standhalten konnten. In der Grenzübergangsstelle Selmsdorf-Schlutup nahe Lübeck hob sich der Schlagbaum, noch bevor es in Berlin an der Bornholmer Straße passierte.

Den Wechsel der Demonstrationssparole ›Wir sind das/ein Volk‹ wurde im Roman aus dramaturgischen Gründen zeitlich etwas vorgezogen. Der Satz tauchte zwar schon am 9. November in einem Flugblatt auf, zielte aber auf die gemeinsamen Wurzeln von Demonstranten und Polizei ab, nicht auf die politische Wiedervereinigung.

Zwei Tage später lautete die Schlagzeile der westdeutschen Bild-Zeitung: »›Wir sind das Volk‹ rufen sie heute – ›Wir sind ein Volk‹ rufen sie morgen!« Bei der Leipziger Montagsdemonstration am 13. November

erklang die neue Parole öffentlich wahrscheinlich zum ersten Mal. Damit war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Wiedervereinigung getan.

Dieser Weg sollte noch lang und beschwerlich werden. Der Roman endet mit den Ereignissen des 9. Novembers, da sie meiner Meinung nach die Frage nach einem dritten Weg entschieden. Der Traum von einem eigenständigen Staat unter dem Vorzeichen eines demokratischen, humanen Sozialismus war bald ausgeträumt.

Hier nur kurz einige wesentliche Stationen bis zur Wiedervereinigung, unter besonderer Berücksichtigung der Lage in Wismar und Umgebung.

12.11.89 Erste Gespräche zwischen Vertretern der Stadt Wismar und Mitgliedern des Neuen Forums.

13.11.89 Egon Krenz wird durch Hans Modrow in der Funktion des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR abgelöst, weil er wegen seiner Mittäterschaft an den Wahlfälschungen nicht in der Lage ist, das Vertrauen breiter Schichten der Bevölkerung in die SED wiederherzustellen.

13.11.89 Demonstration von etwa 35.000 Menschen auf dem Marktplatz in Wismar

17.11.89 Gründung der Wismarer SPD

27.11.89 erneute Demonstration in Wismar (10.000 Teilnehmer)

28.11.89 Zehn-Punkte-Programm von Helmut Kohl als Beginn der massiven Einflussnahme der BRD in die DDR-Vorgänge

01.12.89 Der Führungsanspruch der SED wird aus der Verfassung gestrichen

03.12.89 Erich Honecker, Erich Mielke und andere werden aus der Partei ausgeschlossen

04.12.89 Kundgebung des Neuen Forums vor der Nikolaikirche; Demonstration bis zum Staatssicherheitsgebäude

06.12.89 1. Sitzung des Runden Tisches in Wismar, einer von der Partei von oben verordneten Form des Dialogs mit den Oppositionellen

08.12.89 Demonstration vor der SED-Kreisleitung und symbolische Besetzung des Hauses

11.12.89 Erstmals fordern Bürger auf einer Montagsdemonstration des Neuen Forums in Wismar die Wiedervereinigung

19.12.89 Helmut Kohl in Dresden

10.01.90 Öffentliche Vollversammlung des Neuen Forums in der Wismarer Sporthalle

13.01.90 Beschluss des Ministerrats zur Auflösung der Stasi

15.01.90 Demonstration des Neuen Forums gegen die Verschleierungspolitik der SED-PDS; eine der Parolen: ›Deutschland, einig Vaterland‹

22.01.90 Erneut Montagsdemonstrationen in Leipzig und Wismar mit der Forderung nach Wiedervereinigung

13.02.90 Helmut Kohl und Hans Modrow vereinbaren die Vorbereitung einer Währungsunion

14.02.90 Die Ostseezeitung berichtet über Wahlfälschungen in Wismar

16.02.90 Die Mitgliederversammlung des Neuen Forums zählt nur noch 66 Teilnehmer. Es stellt sich die Frage der weiteren Existenzberechtigung.

21.02.90 Die Volkskammer, das Parlament der DDR, spricht sich für die Wiedervereinigung aus.

März 90 Auflösung der KoKo

16.03.90 Wahlkundgebung der SPD mit Willy Brandt auf dem Wismarer Marktplatz

18.03.90 Letzte und einzige demokratische Wahl zur Volkskammer: In Wismar liegt die CDU mit 36,33 % knapp vor der SPD mit 35,19 %. Die PDS (ehemalige SED) kommt auf 15,27 %, die FDP auf 4,27 %.

06.05.90 Erste freie, demokratische Kommunalwahlen

in der DDR: SPD 34,45 %, CDU 27,31 %, PDS 13,00 %, Neues Forum 8,44 %, FDP 6,58 %.

13.06.90 Die Berliner Mauer wird abgerissen.

06.07.90 Über 1.200 Arbeitslose in Wismar. Einen Monat später sind es schon doppelt so viel.

20.09.90 Die Parlamente der DDR und der BRD stimmen dem Einigungsvertrag zu. Arbeitslosenquote in Wismar mittlerweile bei 7,1 % (über 3.000 Menschen).

03.10.90 Wismar feiert die Deutsche Einheit mit einem Volksfest auf dem Markt und einem Requiem in der Nikolaikirche.